

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Norbert Wieczorek, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Hans Büchler (Hof), Helmut Esters, Achim Großmann, Dr. Uwe Holtz, Lothar Ibrügger, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Christoph Matschie, Herbert Meißner, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edith Niehuis, Horst Niggemeier, Adolf Ostertag, Peter W. Reuschenbach, Dieter Schanz, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Dr. Rudolf Schöffberger, Dr. R. Werner Schuster, Margitta Terborg, Hans-Günther Toetemeyer, Hans Wallow, Verena Wohleben, Hanna Wolf, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Internationale Verschuldungskrise und wirtschaftliche Strukturanpassung in der Dritten Welt und in Osteuropa

Seit dem offenen Auftreten der internationalen Schuldenkrise im Sommer 1982 sind fast zehn Jahre vergangen. Ihre Ursachen und Folgen sind jedoch trotz permanenten Krisenmanagements nicht adäquat bekämpft worden, denn die internationale Verschuldung ist in dieser Zeit in vielen Ländern des Südens und Ostens weiter angestiegen und immer mehr zur Entwicklungsblockade geworden.

Während die Auslandsverschuldung der Dritten Welt von 850 Mrd. US-Dollar (1982) auf mittlerweile über 1 400 Mrd. US-Dollar angestiegen ist, schwächte sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Länder in der Dritten Welt ab: Das reale Pro-Kopf-Einkommen dieser Länder sank, die Weltbevölkerung nahm dramatisch zu, Hunger und Umweltzerstörung dehnten sich aus, Gesundheits- und Bildungsbedingungen der Menschen verschlechterten sich.

Die Schulden stiegen und die Leistungsfähigkeit verminderte sich offenbar auch in den Ländern, die unter großen sozialen Opfern die Strukturanpassungsprogramme durchgeführt hatten, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF), von der Weltbank und von den großen Industrieländern den Schuldnerländern auferlegt worden waren.

Zur dramatischen Lage im Süden, die sich seit den 80er Jahren zuspitzt, kam im Übergang zu den 90er Jahren der offene Ausbruch einer umfassenden sozial-ökonomischen Krise in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas hinzu. Auch hier behindert eine hohe Auslandsverschuldung die ökonomische Entwicklung. Sie stieg in den ehemaligen RGW-Ländern in konver-

tibler Währung von ca. 100 auf 150 Mrd. US-Dollar, also in fünf Jahren um 50 Prozent. Gleichzeitig sanken in den Ländern Osteuropas Produktion und Lebensstandard. In der Sowjetunion wird das Bruttosozialprodukt 1991 und 1992 drastisch absinken, während gleichzeitig die Auslandsschulden weiter stark ansteigen werden.

Um so mehr muß es beunruhigen, daß sich auch große Industrieländer – allen voran die Vereinigten Staaten – in extremer Weise extern verschuldet haben.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I. Ausmaß und Struktur der internationalen Verschuldung

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die internationale Verschuldung von 1982 bis 1991 jährlich entwickelt – differenziert nach privaten und öffentlichen Schulden, sowohl insgesamt als auch aufgegliedert nach den 25 größten Schuldnerländern; nach Weltregionen (Asien, Afrika, Lateinamerika); nach ölimportierenden und ölexportierenden Entwicklungsländern, osteuropäischen Ländern und Industrieländern (OECD)?
2. Welche Angaben kann die Bundesregierung darüber machen, wie sich – bei gleicher Differenzierung wie in Frage 1 – die Zinsforderungen und Tilgungsforderungen, die effektiven Zinszahlungen und Tilgungsrückflüsse, der Zufluß an privaten und öffentlichen Krediten beziehungsweise konzessionären Mitteln, die Direktinvestitionen sowie der Anteil des Schuldendienstes am Bruttosozialprodukt (BSP), am Export und am Staatshaushalt von 1982 bis 1991 entwickelt haben?
3. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Entwicklung der privaten und öffentlichen Schulden der Länder der Dritten Welt und Osteuropas gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsforderungen sowie effektiven Zins- und Tilgungsleistungen pro Jahr in der Zeit von 1982 bis 1991 insgesamt und pro Schuldnerland?
4. Wie hoch sind die bisherigen Schuldenerlasse der Bundesregierung, und welchen Anteil haben sie an den gesamten öffentlichen Schulden und an der Summe der öffentlichen und privaten Schulden dieser Länder?

Wie hoch sind die öffentlichen Nettotransferleistungen (neue Zuflüsse an diese Länder abzüglich Zins- und Tilgungsleistungen) gegenüber den einzelnen Ländern in den Jahren 1982 bis 1991?

Wie lautet die Schätzung für 1992?

5. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Bruttosozialprodukt, die Exporte und Importe, die Inflationsraten, die Staatsausgaben und öffentlichen Haushaltsdefizite, die Sozial-, Bildungs- und Rüstungsausgaben sowie die Bevölkerungszahlen in den einzelnen Ländern und Ländergruppen

(laut Frage 1) von 1982 bis 1991 entwickelt, und von welchen Annahmen geht die Bundesregierung über den Verlauf dieser Indikatoren in 1992 und 1993 aus?

6. Wie hoch beziffert beziehungsweise schätzt die Bundesregierung die endgültigen Forderungsverzichte sowie die Wertberichtigungen auf Forderungen der privaten – insbesondere der amerikanischen und deutschen – Geschäftsbanken, die von Jahr zu Jahr und insgesamt von 1982 bis 1991 gegenüber den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas ausgesprochen wurden, sowie den Anteil der Forderungsverzichte und Wertberichtigungen an den Gesamtforderungen der Geschäftsbanken und an der Summe aller in dieser Zeit auf dieser Grundlage geleisteten Zinszahlungen an die privaten Geschäftsbanken?
7. Wie hoch beziffert beziehungsweise schätzt die Bundesregierung die Steuermindereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Wertberichtigungen und Abschreibungen deutscher Banken (laut Frage 6) in den Jahren 1982 bis 1991?

II. Bisherige Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise

8. In welchen Ländern und in welchem Ausmaß wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die wesentlichen Elemente des „Program for Sustained Growth“ (1985), das auf einer Initiative des damaligen amerikanischen Finanzministers J. Baker beruhte, umgesetzt, und welches war das finanzielle und wirtschaftliche Ergebnis für die Schuldnerländer?
9. In welchen Ländern und in welchem Ausmaß wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die wesentlichen Elemente des vom amerikanischen Finanzminister N. Brady 1989 initiierten Planes umgesetzt, welches war das finanzielle und wirtschaftliche Ergebnis für die Schuldnerländer, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus für die künftige Strategie zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Änderung der Wertberichtigungs- beziehungsweise Rückstellungsregelungen für die US-Banken die Voraussetzungen für eine flexiblere Haltung der USA bei der Beilegung der internationalen Schuldenkrise erheblich verbessern würde?

Ist die Bundesregierung bereit, sich für solche Verbesserungen einzusetzen?

11. Hält die Bundesregierung den Beitrag der privaten Geschäftsbanken zur Lösung der Schuldenkrise für ausreichend?

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene bisher ergriffen, um die Geschäftsbanken zu veranlassen, einen größeren Beitrag zur Lösung der Verschuldung zu leisten?

Welche zusätzlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen?

12. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Forderungsverzichte von Seiten der Gläubigerstaaten gegenüber den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas – differenziert nach den einzelnen Gläubiger- und Schuldnerländern –, und wie hoch ist der Anteil dieser Schuldenerlasse an den gesamten öffentlichen Forderungen gegenüber diesen Ländern?

Hält die Bundesregierung die bisherigen Forderungsverzichte für ausreichend?

13. Sind nach Auffassung der Bundesregierung die vom IWF formulierten Programme zur strukturellen Anpassung der Schuldnerländer ausreichend, und wie beurteilt die Bundesregierung den bisherigen Beitrag dieser Anpassungsprogramme zur Lösung der internationalen Schuldenkrise und zu einer sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung der betroffenen Schuldnerländer?

Enthielten die Strukturanpassungsprogramme des IWF auch eine Verpflichtung, die Militärausgaben in den Schuldnerländern zu senken?

In welchen Ländern?

14. Welche Länder führen nach Kenntnis der Bundesregierung seit wann solche Programme durch, und wie haben sich seit Beginn dieser Programme die wichtigsten ökonomischen und sozialen Indikatoren in diesen Ländern verändert (Schuldenstand und Schuldendienst, Inflation und Pro-Kopf-Einkommen, Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, des Exports und Imports, der Staatsausgaben und öffentlichen Defizite, der öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Rüstung)?
15. Wie hoch sind die Mittel, die die Bundesregierung jährlich von 1986 bis 1991 zur Flankierung solcher Anpassungsprogramme für die einzelnen Länder und insgesamt zur Verfügung gestellt hat, und auf welchen Anteil belaufen sich pro Jahr diese Ausgaben am Gesamthaushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit?

An welche Zwecke hat die Bundesregierung diese Mittel gebunden, und wie hat sie eine zweckentsprechende Verwendung dieser Mittel sichergestellt?

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die USA sich in den 80er Jahren in hohem Maße extern verschuldet und ein hohes Handelsbilanzdefizit aufgebaut haben, jedoch selbst nicht die erheblichen Verwerfungen in der US-Volkswirtschaft mit vergleichbaren Strukturanpassungsprogrammen bekämpft haben, während die USA die Forderungen des IWF nach sozial unausgewogenen Strukturanpassungsprogrammen der E-Länder massiv unterstützt haben?
17. Wie hoch beziffert und wie beurteilt die Bundesregierung den Netto-Kapital-Fluß zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern von 1982 bis 1991 im Hinblick auf das Wachstum, die Investitionsmöglichkeiten und die Produktivitätsentwicklung dieser Länder sowie auf ihre Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Umweltschutz?

III. Ursachen der Verschuldungskrise

18. Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die wichtigsten Ursachen der internationalen Verschuldungskrise?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung die Eigenverantwortung der hoch verschuldeten Länder an der wachsenden Verschuldung in den Jahren 1982 bis 1991, insbesondere den Anteil folgender Faktoren:
- a) Regierungsformen und Wirtschaftsordnungen,
 - b) Entwicklung der gesamten Staatsausgaben,
 - c) Entwicklung der Militärausgaben, der Rüstungsimporte insgesamt und der Rüstungsimporte aus Gläubigerländern,
 - d) Entwicklung des Kapitalexports aus Schuldner- in die Gläubigerländer durch die Inländer (sog. „Kapitalflucht“)?
20. Wie beurteilt die Bundesregierung – neben Ursachen in den Entwicklungsländern selbst – den Anteil, den folgende Faktoren an der wachsenden internationalen Verschuldung hatten:
- a) stark steigende Ölpreise 1973/74 und 1979/80,
 - b) stark steigende Zinsen Anfang/Mitte der 80er Jahre,
 - c) Kapitalisierung gestundeter Zinsforderungen im Zuge von Umschuldungsvereinbarungen seit 1982,
 - d) Veränderung der Terms-of-Trade von 1982 bis 1990 zwischen Industrie- und Entwicklungsländern,
 - e) Protektionismus der Gläubigerländer gegenüber den Schuldnerländern, insbesondere auch auf dem Gebiet des Agrar- und Textilmarktes?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aufnahme sog. Kapitalfluchtgelder in den Gläubigerländern sowie die staatliche Genehmigung und teilweise Förderung von Rüstungsexporten in hochverschuldete Länder der Dritten Welt u. a. durch die großen Gläubigerländer?

Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere ihr diesbezügliches eigenes Verhalten und das der deutschen Geschäftsbanken?

22. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aufgrund der in den Fragen 19, 20 und 21 genannten Faktoren die Gläubigerländer sowie die privaten Geschäftsbanken eine erhebliche Mitverantwortung an der wachsenden internationalen Verschuldung trifft, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

IV. Künftige Maßnahmen zur Lösung der internationalen Schuldenkrise

23. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Erfolg der Strukturanpassungsprogramme des IWF voraussetzt, daß
- a) die Gläubigerländer konsequent ihre Märkte gegenüber den Schuldnerländern öffnen und
 - b) das internationale Zinsniveau langfristig auf einem erheblich niedrigeren Niveau als in den 80er Jahren stabilisiert wird?

24. Ist die Bundesregierung bereit, ihren Einfluß beim IWF beziehungsweise bei der Weltbank geltend zu machen, daß bei künftigen Strukturanpassungsprogrammen angesichts des vergleichsweise viel höheren Bevölkerungswachstums im Süden und angesichts der im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren in Zukunft tendenziell niedrigeren Wachstumsraten im Norden die über den Welthandel vermittelten Wachstumsimpulse der Industrieländer für das Pro-Kopf-Wachstum der Entwicklungsländer schwächer werden?

25. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Bereich der öffentlichen Schulden umfassende Initiativen zum Erlaß von Schulden und zur Senkung des Schuldendienstes nötig sind?

Welche internationalen und nationalen Initiativen hält die Bundesregierung für nötig?

Wie beurteilt die Bundesregierung die vor kurzem gemachten Vorschläge nach Streichung von zwei Dritteln aller öffentlichen Schulden für die armen Entwicklungsländer und zeitweiliger Aussetzung des Schuldendienstes auf den verbleibenden Rest?

26. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich die privaten Banken stärker als bisher an Initiativen zur Senkung des Schuldenstandes und Schuldendienstes beteiligen müssen?

Welche Beiträge der privaten Banken hält die Bundesregierung im einzelnen für möglich (Forderungsverzichte, Zinsreduktion, Zinsstabilisierung etc.), und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um durch staatliche Maßnahmen die Kooperation der privaten Banken zur Lösung der Schuldenkrise zu verbessern (internationale Kooperation auf den Gebieten der Bankenaufsicht, der Steuerpolitik, der Insolvenzregelungen etc.)?

27. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um insbesondere auf folgenden Gebieten Fortschritte zur Lösung der Verschuldungskrise in den Entwicklungsländern und in Osteuropa zu erzielen:

a) Unterstützung von Reformen in den Entwicklungsländern selbst, um die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftlich produktive, finanziell disziplinierte, ökologisch und sozial verantwortliche, auf Dauer tragfähige Entwicklung zu schaffen;

b) Eindämmung der „Kapitalflucht“ – auch durch Maßnahmen auf seiten der Gläubigerländer;

c) Senkung des internationalen Zinsniveaus und längerfristige Stabilisierung der Zinsen für hochverschuldete Länder der Dritten Welt und Osteuropas auf niedrigerem Niveau;

d) Öffnung der Märkte der Industrieländer, insbesondere auf Marktsektoren, auf denen die Schuldnerländer wettbewerbsfähig sind;

d) Zufluß neuer öffentlicher und privater Mittel in die Länder der Dritten Welt und Osteuropas, um den hohen Bedarf an

Investitionen zu decken, der unverzichtbar ist, um dort sowohl stärkeres Wachstum, Umweltschutz und eine künftige bessere strukturelle Leistungs- und Zahlungsfähigkeit zu ermöglichen?

28. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Hergabe neuer Finanzmittel für Osteuropa sich auf die Erfahrung stützen muß, daß neue Kredite ausschließlich für Investitionen vergeben werden dürfen, die einen den Zins- und Tilgungsforderungen adäquaten Return-on-Investment erbringen?

Wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zur finanziellen Überbrückung der akuten Versorgungslage in der Sowjetunion nur Zuschüsse eingesetzt werden sollten, weil neue Kredite für konsumtive Verwendungen die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft behindern würden?

Bonn, den 24. Februar 1992

Dr. Ingomar Hauchler
Dr. Norbert Wiczorek
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Hans Büchler (Hof)
Helmut Esters
Achim Großmann
Dr. Uwe Holtz
Lothar Ibrügger
Walter Kolbow
Dr. Klaus Kübler
Christoph Matschie
Herbert Meißner
Gerhard Neumann (Gotha)

Dr. Edith Niehuis
Horst Niggemeier
Adolf Ostertag
Peter W. Reuschenbach
Dieter Schanz
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Dr. Rudolf Schöpfberger
Dr. R. Werner Schuster
Margitta Terborg
Hans-Günther Toetemeyer
Hans Wallow
Verena Wohlleben
Hanna Wolf
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

